

Zivilgesellschaft und Konvent

Wege zur Stärkung der öffentlichen Resonanz

Der Konvent zur Reform der Europäischen Union tagt seit mehr als vier Monaten – und nur wenige haben es bemerkt. Die aktuelle Eurobarometer-Umfrage hat ergeben, dass 64% der EU-Bürger noch nichts vom Konvent gehört haben. Und nur 25% setzen Vertrauen in seine Arbeit: Der Konvent rangiert damit in der Vertrauensskala auf dem letzten Platz der EU-Institutionen. Es bleibt aber weniger als ein Jahr Zeit, um das Vertrauen und das Interesse der Bürger für die Konventsarbeit zu gewinnen. Entsprechende Maßnahmen sollten rasch ergriffen werden.

Ein zentrales Bindeglied zwischen dem Konvent und den Bürgern stellt die organisierte Zivilgesellschaft dar. Ein Instrument der Beteiligung ist das Internet – dort finden sich zahlreiche Vorschläge zu allen im Konvent behandelten Themen. Darüber hinaus wurden viele Interessengruppen als Vertreter der Zivilgesellschaft im Plenum des EU-Konvents am 24. und 25. Juni 2002 gehört. Bei diesen beiden Foren darf man es aber nicht bewenden lassen. Denn was in Nizza als „breit angelegte Diskussion über die Zukunft der EU“ angekündigt und in Laeken als „umfassende Debatte und die Beteiligung aller Bürger“ gefordert wurde, muss nun im Rahmen des EU-Konvents als Dialog mit der europäischen Zivilgesellschaft kontinuierlich fortgesetzt werden. Dafür werden aber die sieben Kontaktgruppen, die bisher eingesetzt wurden – sozialer Sektor, Umwelt, akademische Kreise und Think Tanks, Bürger und Institutionen, Gebietskörperschaften, Menschenrechte, Entwicklung und Kultur –, nicht die richtige Plattform darstellen. Die Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft forderten im Plenum naturgemäß die Berücksichtigung ihrer spezifischen Interessen, wie z.B. im umwelt- oder sozialpolitischen Bereich, und eine Stärkung der Einbeziehung ihrer jeweiligen Institution im Integrationsprozess.

Bei der Sitzung des EU-Konvents am 11. und 12. Juli wird die Frage der EU-Außenpolitik diskutiert werden. Im Konvent-Spotlight 02/2002 haben wir zu diesem Themenbereich bereits Strategieempfehlungen vorgestellt. Siehe hierzu auch das aktuelle Diskussionspapier des Konvents-Präsidiums CONV 161/02.

Eine effektive und sachgemäße Einbeziehung der Zivilgesellschaft müsste künftig stärker an den tatsächlichen Arbeits- und Themenstrukturen des Konvents ausgerichtet sein. Aus diesem Grund sollte

- eine Ablösung der bisherigen Kontaktgruppen durch neue Kooperationsstrukturen, die sich entlang der inhaltlichen Mandate der Arbeitsgruppen des Konvents orientieren, sowie
- eine direkte Vernetzung und eine komplementäre Abstimmung zwischen den Arbeitsgruppen des Konvents und den Kontaktgruppen der Zivilgesellschaft, etwa in Form von gemeinsamen Sitzungen oder Anhörungen zu spezifischen Fragestellungen, erfolgen.

In den Kontaktgruppen sollten dann diejenigen Interessenvertretungen gebündelt werden, die einen konkreten inhaltlichen Beitrag für die Arbeitsgruppen leisten können. So kann ein kontinuierlicher und bis zum Abschluss des Konvents zielgerichteter Austausch erreicht werden. Eine einmalige Anhörung von Akteuren aus der Zivilgesellschaft würde zwar den Auftrag von Laeken formal erfüllen, jedoch strategisches Potential verschenken. Denn trotz des engen Zeitplans des Konvents ist der Dialog mit der Zivilgesellschaft eine zusätzliche, aber lohnenswerte Anstrengung:

- Erstens können die Vertreter der Zivilgesellschaft bei der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes für den Konvent wertvolle „Übersetzungsarbeit“ leisten. Dass Sprache, die zum Fach-Code mutiert, ein ausgrenzendes Element sein kann, verdeutlichen die europapolitischen Debatten seit vielen Jahren. Die Stärke von Sprache liegt in ihrer identitätsstiftenden und somit verbindenden Wirkung. Die Einbeziehung der Zivilgesellschaft kann hier Missverständnissen vorbeugen, wenn es darum geht, für den Bürger verständliche Begrifflichkeiten zu verwenden.
- Zweitens wird der organisierten Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle bei der Vermittlung der Ergebnisse des Reformprozesses an die breite Öffentlichkeit zukommen. Ihre Bereitschaft, eine solche Kommunikationsfunktion zu übernehmen und für Akzeptanz der Ergebnisse zu werben, setzt eine intensive Einbindung in den Verhandlungsprozess voraus.
- Drittens muss das abschließende Dokument des Konvents in der Runde der europäischen Staats- und Regierungschefs bestehen können. Eine kontinuierliche Einbeziehung der Zivilgesellschaft verschafft der Konventsarbeit eine zusätzliche Legitimationsgrundlage. Grundet dann das Ergebnis auf einer doppelten Legitimation und Autorität – nämlich der des Konvents und der europäischen Zivilgesellschaft –, wird dieser Forderungskatalog zum *sine qua non* der Regierungskonferenz.

Damit kommt der Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle als Kommunikationsschnittstelle zu. Einer effektiven Wahrnehmung dieser Aufgabe steht aber eine bisher kaum zu überwindende Hürde entgegen. Diese ergibt sich aus der schier unendlichen Zahl an Dokumenten, die sowohl von Seiten der Konventsmitglieder als auch von Seiten der Zivilgesellschaft eingebracht werden. Es stehen nicht genügend Ressourcen zur Verfügung, um alle Beiträge im Prozess der Konventsberatungen berücksichtigen und auswerten zu können. Viele wichtige Lösungsvorschläge und innovative Ideen drohen verloren zu gehen. Es ist klar, dass die Aufbereitung der vorliegenden Papiere nicht auch noch durch das Sekretariat des Konvents mit seinen begrenzten personellen und budgetären Kapazitäten geleistet werden kann. Hier müssen zusätzliche Ressourcen auf EU-Ebene geschaffen und die Auswertung gegebenenfalls in Kooperation mit wissenschaftlichen Einrichtungen vorgenommen werden.

Der Konvent tritt nun, nach einer ausgiebigen Phase des Zuhörens, in die Phase der Sacharbeit ein. Das könnte einen Schub für die öffentliche Resonanz bringen. Denn was dem Konvent vor allem fehlt, um öffentliche Beachtung zu finden, sind konkrete Textvorlagen. Eine politische Auseinandersetzung kann es nur über divergierende Optionen und Leitbilder geben. Diese sind bisher noch nicht sichtbar genug und daher weder durch die Zivilgesellschaft noch durch die Medien zu transportieren. Der Konvent muss nun die Chance ergreifen, den Weg in Richtung einer breiteren öffentlichen Debatte als bisher zu bereiten. Die Zivilgesellschaft sollte dabei weiterhin kontinuierlich in den Prozess einbezogen werden, damit am Ende das Ergebnis der Beratungen – also im besten Fall ein Grund- oder Verfassungsvertrag für Europa – den Bürgern von beiden Seiten, sowohl von der politischen Ebene als auch von den Vertretern der Zivilgesellschaft, vermittelt werden kann. So kann ein Mehrwert gegenüber der klassischen Regierungszusammenarbeit erreicht werden.

Das Redaktionsteam